

Informationen zur Durchführung von Veranstaltungen, Straßenfesten, Vereinsfeiern u.ä.

I. Anzeige eines vorübergehenden Gaststättengetriebes gem. § 6 HGastG

Wer aus besonderem Anlass das Gaststättengewerbe vorübergehend ausüben will, muss dies gem. §6 HGastG anzeigen. Ein vorübergehendes Gaststättengewerbe betreibt, wer Getränke und Speisen zum Verzehr an Ort und Stelle verabreicht, wenn der Betrieb jedermann oder bestimmten Personenkreisen zugänglich ist. Die Anzeige muss bei uns als zuständige Behörde spätestens 4 Wochen vor Beginn des Gaststättengewerbes schriftlich unter Angabe von

1. Name und Vorname mit ladungsfähiger Anschrift
2. Ort und Zeitraum der Ausübung des Gaststättengewerbes
3. Verabreichung vorgesehener Speisen und Getränke (Speise/Getränkeangebot)
4. die voraussichtliche zu erwartende Besucherzahl

erfolgen. Dies kann postalisch, per Fax oder auch per Email erfolgen. Die Gemeinde Mainhausen hat die Anzeige gem. § 7 HGastG den zu involvierenden Behörden unverzüglich weiter zu übermitteln. Der Antrag kann bequem auf der Homepage der Gemeinde Mainhausen (www.mainhausen.de) online im Bereich Digitales Rathaus – Onlineportal gestellt werden, ist aber auch im Bereich Ordnungsamt/Formulare zum Download zu finden. Bitte beachten Sie bei manueller Einreichung, dass die Anzeige vollständig ausgefüllt und vor allem rechtzeitig gestellt wird. Gem. Hessischer Verwaltungskostenordnung wird eine Gebühr von 25,-- Euro pro Anzeige fällig. Für Vereine besteht die Möglichkeit einer gebündelten Jahresmeldung. (Hierfür am Jahresbeginn für jede geplante Veranstaltung des laufenden Kalenderjahres eine gesonderte Anzeige vorübergehender Betrieb eines Gaststättengewerbes ausfüllen und dann gebündelt einreichen. Gebühren: einmalig 25,-- €)

II. Durchführung einer Veranstaltung

Die Durchführung einer öffentlichen Veranstaltung ist Anzeige- oder sogar Genehmigungspflichtig. Zahlreiche rechtliche Belange sind betroffen und unterschiedliche Erlaubnisse und Genehmigungen erforderlich. Bei allen Veranstaltungen bei denen öffentliche Verkehrsflächen betroffen sind, sind weitere zuständige Behörden einzubeziehen. Diverse rechtlichen Vorgaben aus dem Bereich Verkehr, Immissions- und Naturschutz, Brand- und Gefahrenschutz, Bau-, Lebensmittel- und Hygiene Bestimmungen, Gewerbe- und Gaststättenrechtliche Bestimmungen, Sonn- und Feiertagsbestimmungen, Jugendschutz usw. (Aufzählung nicht abschließend). Sicherheits- und Gefahrenschutzbehörden sind einzubinden. Bitte setzen Sie sich deshalb bei geplanten Veranstaltungen, Straßenfesten oder Vereinsfeiern frühzeitig spätestens 6 Wochen vor Veranstaltungsbeginn mit uns in Verbindung, zur Planung und Einleitung aller weiteren notwendigen Maßnahmen – bei größeren Veranstaltungen weit im Vorfeld. Die Erteilung eines Bescheides ist gebührenpflichtig.

III. Lärmschutz und Sperrzeit

Bei Veranstaltungen ist ein generelles Ende von Musik/Beschallung um 0.00h einzuhalten, um 1.00 h müssen Veranstaltungen kompl. beendet sein. Die Sperrzeit beginnt um 05:00 Uhr und endet um 06:00 Uhr. Die gesetzliche Nachtruhe beginnt um 22.00h. Es ist zu beachten, dass die Vorgaben nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz zum Schutz der Anwohner/innen vor Lärm einzuhalten sind.

IV. Straßensperrungen

Soll im Zusammenhang mit einer Veranstaltung eine Straße gesperrt werden, ist das Antragsformular frühzeitig, spätestens 4 Wochen vorher einzureichen. Gebühr: € 20

V. Plakatierungen

Für das Aufstellung von Plakatträgern im öffentlichen Straßenraum ist ein Antrag spätestens 4 Wochen vor Veranstaltungsbeginn zu stellen. Der Beginn der Plakatierung kann frühestens 2 Wochen vor dem Veranstaltungstermin bis max. 1 Tag nach der Veranstaltung genehmigt werden. Es wird eine Verwaltungsgebühr von 26,-- Euro erhoben. Für Mainhäuser Vereine ist die Plakatierungserlaubnis gebührenfrei. Unerlaubte Plakatierungen werden kostenpflichtig entfernt. Achtung: Bei Veranstaltung mit Ausübung des vorübergeh. Gaststättengewerbes kann der Antrag auf Plakatierung im Zusammenhang mit dem Anzeigeformular „Ausübung vorübergehender Gaststättenbetrieb gem. §6HGastG“ gestellt werden. (kein separater Antrag nötig.)

Anzahl: max. 15 Standorte mit 2 Plakaten im direkten doppelseitigen Verbund je Ortsteil in einer max. Größe von DIN A1.

Nach Ablauf der Erlaubnis ist die Sondernutzung unverzüglich einzustellen, alle erstellten Einrichtungen und die zur Sondernutzung verwendeten Gegenstände unverzüglich zu entfernen und der frühere Zustand der genutzten Fläche und deren Einrichtungen ordnungsgemäß wieder herzustellen. An Verkehrszeichen und -einrichtungen (z. B. Ampelanlagen, Verkehrszeichenpfosten) dürfen keine Plakatständer angebracht bzw. aufgestellt werden. Bei Aufstellung der Werbeanlagen muss gewährleistet sein, dass keine Gefährdungen für Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer (z.B. Radfahrer, Kinder, Rollstuhlfahrer) entstehen. Eine Restgehwegbreite von mindestens 1,60m, sowie bei Höhengaufhängung eine Aufstellhöhe von 2,20 m Unterkante über Rad- und Gehwegen muss gewährleistet bleiben. Eine Behinderung des Straßen- und Gehwegverkehrs darf nicht eintreten; Sichtachsen und Verkehrszeichen dürfen dadurch nicht verdeckt werden. An Gemeindlichen Einrichtungen (Bushaltestellen, Bürgerhäuser, Sporthallen) dürfen keine Plakate angebracht werden. Im Bereich von Kindergärten und Schulen ist das Plakatieren ebenfalls grundsätzlich untersagt. **Hinweis** : Das Stellen der Plakatständer kann nur innerhalb der Ortsdurchfahrten genehmigt werden; widerrechtlich außerhalb aufgestellte Plakatständer werden seitens Hessen Mobil abgeräumt. (weitere Auflagen und Informationen siehe Antragsformular Plakatierung)

VI. **Feuerwerk**

Das Abbrennen eines Feuerwerks außerhalb Silvesters ist genehmigungspflichtig. Anträge müssen frühzeitig, spätestens 4 Wochen vorher eingereicht werden. (Antragstellung über Digitales Rathaus online möglich). Feuerwerke in unmittelbarer Nähe von Naturschutzgebieten, Eisenbahnanlagen, Flughäfen oder Bundeswasserstraßen, die Seeschiffahrtsstraßen 6 Wochen vorher. (weitere Informationen siehe Merkblatt zur Beantragung eines Feuerwerks)
Lagerfeuer / Böller / offenes Feuer sind ebenfalls genehmigungspflichtig.

VII. **Brand- und Gefahrenschutzvorkehrungen**

Für Märkte, Straßenfeste und ähnliche Veranstaltungen ist rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn mit allen Beteiligten ein gemeinsames Sicherheitskonzept, unter Federführung der zuständigen Genehmigungsbehörde abzustimmen und festzulegen. Hierbei ist auch die Notwendigkeit über die Stellung eines Brandsicherheitsdienstes nach § 17 HBKG zu prüfen. Die entsprechende Anordnung ist durch die Genehmigungsbehörde, im Einvernehmen mit der Feuerwehr, zu erlassen. Wir verweisen auf unser Merkblatt „Brand- und Gefahrenschutzvorkehrungen bei Märkten, Festen und ähnlichen Veranstaltungen“.

Alle **Informationsblätter** und **Antragsformulare** stehen für Sie auch auf unsere Homepage: www.mainhausen.de, im Bereich Rathaus & Bürgerservice → Ordnungsamt → Feste und Veranstaltungen zum Download bereit. Viele Anträge können Sie bequem online im Bereich **DIGITALES RATHAUS, Onlineantragsportal** stellen.

Ansprechpartner:



Fachbereich Bürger & Ordnung

Rheinstraße 3 – 63533 Mainhausen,
(06182) 8900-72; -75, Fax 8900-40,
ordnungsamt@mainhausen.de